

Aargau

Wenn Wohnen zum Luxus wird

Die Genossenschaftssiedlung an der Hardstrasse in Wettingen (Foto zur Verfügung gestellt von Lägern Wohnen).

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, doch für immer mehr Menschen wird es zum Luxus. Die Leerwohnungsziffer im Kanton Aargau ist zwischen 2010 und 2022 von 1,4 auf 0,9 Prozent gefallen, bei günstigen Wohnungen ist sie noch tiefer.

Haushalte mit weniger als 4000 Franken Monatseinkommen geben im Schnitt 35 Prozent ihres Budgets für die Miete aus – deutlich über der 25-Prozent-Schwelle, ab der andere Grundbedürfnisse gefährdet sind.

Besonders hart trifft es die Menschen mit wenig finanziellen Mitteln. Armutsbetroffene Menschen sind auf dem Wohnungsmarkt doppelt benachteiligt. Erstens konkurrieren sie mit vielen Interessierten um wenige günstige Objekte. Zweitens haben sie wegen Vorurteilen,

unsicherer Einkommen oder Sozialhilfeabhängigkeit geringere Chancen, überhaupt den Zuschlag zu erhalten.

Viele Betroffene wenden sich deshalb an Beratungsstellen, um Unterstützung bei der Wohnungssuche zu erhalten. Doch auch dort stossen Fachpersonen zunehmend an ihre Grenzen: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist so gravierend, dass selbst gut vernetzte Profis oft keine passenden Angebote mehr finden. Diese Hilflosigkeit ist Ausdruck eines strukturellen Problems, das durch individuellen Einsatz allein nicht gelöst werden kann.

Fehlende Verpflichtungen – und politische Antworten

In Bezug auf die Förderung von preisgünstigem Wohnraum lassen sich aus den Bundesgesetzen keine Verpflichtungen für die Kantone ableiten. Die kantonalen Gesetze wiederum begründen keine Förderpflichten für die Gemeinden. Bund und Kanton beschränken sich auf die Zusprechung von Finanzhilfen. Die konkrete Förderung von preisgünstigem Wohnraum sowie die Sicherstellung des Zugangs zu entsprechenden Angeboten liegen im

Ermessen der Gemeinden, ohne dass dazu eine ausdrückliche Verpflichtung besteht. Diese wiederum haben wenig Anreiz, preisgünstigen Wohnraum anzubieten.

Hier setzt die Mietpreisinitiative an. Sie will in der Bundesverfassung festhalten, dass ein Mietzins missbräuchlich ist, wenn er die tatsächlichen Kosten zuzüglich einer angemessenen Rendite übersteigt oder auf einem übersetzten Kaufpreis beruht. Zudem sollen Mieten automatisch und regelmässig überprüft und gegebenenfalls gesenkt werden – auch auf Verlangen der Mieterschaft.

Befürworter:innen sehen darin ein dringend nötiges Korrektiv in einem aus dem Gleichgewicht geratenen Markt. Die Gegenseite warnt vor Eingriffen in die Eigentumsgarantie und sinkender Investitionsbereitschaft. Doch ohne verbindliche Regulierungen drohen weiter steigende Mieten und verschärfte Wohnungsknappheit. Wohnen darf kein Privileg werden – es muss für alle tragbar bleiben.

Annick Grand, Leitung Kirchliche Regionale Sozialdienste, Caritas Aargau

«Ein Markt, der Grundbedürfnisse nicht sichern kann, braucht politische Korrekturen – nicht nur gute Absichten.»

Annick Grand

Bereit für das höchste Exekutivamt

Luzia Capanni, Claudia Rohrer, Adrian Knaup und Lukas Fankhauser beim Video-Dreh für die Kommunalwahlen.

Einige SP-Mitglieder treten bei den Kommunalwahlen 2025 erstmals für das höchste Exekutivamt in ihrer Gemeinde an. Wir haben mit vier Kandidat:innen gesprochen. Zwei von ihnen bringen Erfahrung aus dem Stadt- oder Gemeinderat mit. Was sie antreibt und was sozialdemokratische Politik auf kommunaler Ebene bedeutet, erzählen sie im Interview.



Luzia Capanni
47, Windisch, Einwohnerrätin,
Grossrätin, Ethnologin

1. Was hat dich dazu bewogen, für das höchste Amt in deiner Gemeinde zu kandidieren?

Luzia: Das Präsidium ist frei. Die SP ist mit knapp 30 Prozent

Wähleranteil stärkste Kraft. Ich bin parat, die neue Gemeindepräsidentin von Windisch zu werden. Nach 5 Jahren Grossrat und 8 Jahren Einwohnerrat mit Fraktionspräsidium will ich mich voll der Politik widmen und Windisch sozial und nachhaltig weiterentwickeln.

Adrian: Nach der Wahl des aktuellen US-Präsidenten war ich einen Tag lang total niedergeschlagen. Wie konnte so etwas passieren? Aber dann habe ich mir gesagt: Jetzt braucht es starke, vernünftige Politikerinnen und Politiker. Das hat den Ausschlag gegeben. Wenn in Wettingen ein neuer Gemeindeammann gewählt wird, soll die SP kandidieren! Ich merkte, dass ich die richtige Person für das Amt in Wettingen bin. Jetzt will ich das machen!

Lukas: Bei den Stadtratswahlen erzielte ich mit Abstand das beste Resultat, da stellte sich für mich die Frage der Kandidatur fürs freierwählende Stadtpräsidium. Viele motivierende Rückmeldungen aus der Bevölkerung ermutigten mich, diese Verantwortung zu übernehmen.



Claudia Rohrer
Stadträtin von Rheinfelden,
Ressort Bau und Planung,
Rechtsanwältin

Claudia: Als bisherige Stadträtin bin ich mit den kommunalen Abläufen vertraut. Als Grossrätin bin ich gut vernetzt und kenne die politischen Themen. Ich bringe Wissen, Erfahrung und strukturiertes Denken mit. Das Amt reizt mich als grosse Herausforderung und Chance, welche ich gerne anpacke, nachdem unser erfahrener Stadtkammann nicht mehr kandidiert.

2. Was sind die dringendsten Herausforderungen vor Ort – und wie willst du diese mit sozialdemokratischer Politik anpacken?

Luzia: Neue Lösungsansätze im Umgang mit der offenen Drogen-szene um den Bahnhof. Suchtkranke brauchen Hilfe, die Bevölkerung Sicherheit. Schadensminderung ist ein Pfeiler der Schweizer Drogenpolitik. Im Aargau ist dieser seit jeher inexistent. Gassenküchen, Konsumräume und Notschlafstellenplätze sind nötig. Der Kanton soll seine Aufgaben machen – anstatt Steuerergeschenke. Windisch mit bereits hohem Steuerfuss und knappen Mitteln kann die Versäumnisse nicht tragen.

Adrian: In den letzten Jahren hat sich in Wettingen eingebürgert, dass man hier antwortet: die Finanzen. Ja, wir haben eine hohe Schuldenlast. Und nein: Viel Sparpotenzial gibt es nicht. Und ja: Wir sollten endlich den Steuerfuss erhöhen, der von einer schwindenden Mehrheit immer noch bei 95 Prozent gehalten wird. Mindestens so zentral sind aber Massnahmen in den Bereichen Hitzeminderung, nachhaltige Mobilität, bezahlbarer Wohnraum und auch das Pflegen unserer Vielfalt, insbesondere mit dem grossen Anteil an lebenserfahrenen Menschen.

Lukas: Die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft ist mir sehr wichtig. Wir können diese nicht isoliert voneinander betrachten.

Gute Mobilitätslösungen für alle Verkehrsteilnehmenden, inklusive einer guten Anbindung an den ÖV. Ein interessantes Kultur- und Freizeitangebot, aber auch ein attraktiver

Steuerfuss gehören zu einer attraktiven Stadt. Entsprechend müssen wir die zur Verfügung stehenden Ressourcen sorgfältig für die dafür wichtigen Investitionen einsetzen.

Claudia: Ich bin in der Sozialdemokratie verwurzelt und bringe diese Werte in jede politische Diskussion ein. Herausforderungen wie Klimawandel, Innenverdichtung, Fachkräftemangel und belasteter Verkehrsinfrastruktur stellen wir uns. Die Entwicklung des Wohnraumangebots wird für die Zukunft zentral sein. Rheinfelden hat bereits viele gute Grundlagen geschaffen (z. B. Energiestadt Gold, Genossenschaften, Verkehrsinfrastruktur) und hat finanziell eine solide Basis. Diese Grundlagen will ich im Dialog stärken und weiterentwickeln.

3. Womit verbringst du deine Zeit abseits der Politik?

Luzia: In der Bewegung und Bewegung: Beim Wandern, auf Skitour, bei Spaziergängen rund ums Wasserschloss oder am Meer in meiner zweiten Heimat Italien. Gesellige Abende mit Freund:innen, Familie oder Kultur geniesse ich sehr.



Adrian Knaup
52, Wettingen, Einwohnerrat,
Präsident Finanzkommission,
Lehrer, Hausmann

Adrian: Mit meiner Familie, Rudern, Lesen und Musik machen.

Lukas: Wir wohnen mit unseren vier erwachsenen Kindern und unserem Schwiegersohn in einem grossen Haus mit Garten. Da gibt es immer etwas zu tun. Wenn wir Zeit finden, sind meine Frau und ich mit dem Fahrrad oder zu Fuss unterwegs.

Claudia: Ich reise gerne, vor allem mit dem Zug, und ich laufe gerne.



Lukas Fankhauser
60, Zofingen, Stadtrat mit
Ressort Bildung, Schulleiter



Solenthaler Photography

Interview

Bereit für eine weitere Amtszeit

Alfred Stiner, Gemeindeammann Unterentfelden, über Herausforderungen, Erfahrungen und die nächsten Ziele

Wie hast du deine bisherige Amtszeit als Gemeindeammann erlebt? Welche Erfahrungen haben dich besonders geprägt?

Meine bisherige Amtszeit als Gemeindeammann war für mich eine spannende und bereichernde Zeit. Besonders prägend waren Projekte, die wir gemeinsam mit der Bevölkerung umsetzen konnten – sei es in der Frühen Förderung und Integration oder bei nachhaltigen Investitionen.

Welche Tipps würdest du neuen politischen Akteur:innen geben, die für das höchste Exekutivamt in der Gemeinde kandidieren?

Bleibt authentisch und zuverlässig und übernehmt Verantwortung, hört zu und sucht den direkten Austausch. Das Amt lebt vom Miteinander – gute Lösungen entstehen nur mit Gemeinderat, Verwaltung und Bevölkerung.

Warum sollten die Unterentfeldener:innen dich 2025 wieder wählen?

Weil ich Erfahrung, Herzblut und klare Werte mitbringe. Ich stehe für ein Unterentfelden, das sozial, ökologisch und finanziell verantwortungsvoll handelt. Gemeinsam mit der Bevölkerung will ich Bewährtes sichern und mutig Neues anpacken – offen, nahbar und mit Blick auf die Zukunft.

JA
zur Initiative
für eine
Zukunft!

... weil Klimagerechtigkeit eine Klassenfrage ist

Am 30. November stimmen wir über die «Initiative für eine Zukunft» ab. Sie ist unsere Chance, endlich eine Klimapolitik zu schaffen, die sozial gerecht ist. Gerecht in Bezug auf die Massnahmen und deren Finanzierung.

Das reichste 1 Prozent verursacht mit seinem enormen Vermögen und verschwenderischen Lebensstil einen Grossteil der Emissionen. Dabei reicht es diesen Superreichen nicht, dass sie durch ihren Luxuskonsum und ihre klimaschädlichen Investitionen den Planeten zerstören – sie machen sich sogar noch ihren Reichtum daraus, Mensch und Umwelt auszubuten. In der Schweiz stösst das reichste 1 Prozent 22-mal mehr CO₂ aus als Menschen mit kleinem Einkommen.

Die Politik reagiert nicht. Trotz drohender Klimakatastrophe

steigen die Emissionen weiter, staatliche Massnahmen unterwerfen sich den neoliberalen Dogmen wie «Innovation rettet uns» und «Freier Markt regelt schon». Doch wir brauchen konkrete Investitionen, welche die Wirtschaft und Infrastruktur sozial und ökologisch umbauen.

Reiche besteuern, Klima schützen

Die geniale JUSO-Initiative fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab einem Freibetrag von 50 Mio. Franken, es sind also gerade mal 0,05 Prozent

der Bevölkerung betroffen! Diese Superreichen vererben ihren Sprösslingen dank Vermögensanhäufung so viel, dass wir dadurch jährlich rund 6 Mia. Franken für den Umbau der Gesamtwirtschaft zugunsten des Klimas investieren könnten. Das Beste daran: Die breite Bevölkerung wird dadurch nicht zusätzlich im Portemonnaie belastet.

Superreiche: Wie verschreckte Hühner im Stall

Doch die Bürgerlichen wüten in den Medien – sie fürchten, dass ihre Schwindeleien und die

Vermögensungleichheit, von welcher sie profitieren, auffliegen. Die Superreichen haben wohl nie gelernt zu teilen oder Verantwortung für die eigenen Taten zu übernehmen.

Für uns ist deshalb klar: Wir müssen dieser Ungerechtigkeit Einhalt gebieten und unsere Zukunft retten! Zukunftspolitik ist Klassenkampf, deshalb Ja zur «Initiative für eine Zukunft»!

Sophie Heinemann, Vorstandsmitglied JUSO AG, Co-Kampagnenleitung für die Abstimmungskampagne der «Initiative für eine Zukunft»



Meli Del Fabro, Sophie Heinemann und Finn Neiger: konsequent im Kampf um Gerechtigkeit.

Agenda

SP Kanton Aargau

Donnerstag, 16. Oktober 2025
Ausserordentlicher Parteitag
in Baden

Dienstag, 28. Oktober 2025
Präsidienkonferenz

«Klimagerechtigkeit gibt es nicht zum Nulltarif – sie muss von denen bezahlt werden, die den Planeten zerstören.»